haft für den Konsum, so hat der November das Bild wesentlich verschoben. In Berlin vor allem hat der Preis von Schweinefleisch sich so sehr erhöht, daß dadurch allein schon eine Verteuerung oder aber eine Verschlechterung der Ernährung eintreten mußte. Während ein Kilogramm Schweinefleisch geringster Sorte Mitte Oktober erst 1,30 M. kostete, ging der Preis im November auf 1,60 M. hinauf. Im November v. J. hatte der Preis für ein Kilogramm 1,20 M. betragen. Kartoffeln sind in Berlin gleichfalls im Preise gestiegen und zwar von 1,50 M. für 50 Kilogramm im Oktober auf 2 M. im November. Brot, das im Oktober sich etwas verbilligt hatte, hat bis jetzt die Preissteigerung nicht mitgemacht. Berechnen wir den Kostenaufwand des wöchentlichen Familienbedarfs an Nahrungsmitteln für Berlin, so kommen wir für den Monat November dieses Jahres auf einen Betrag von 22,40 M. In Oktober stellten sich die Kosten auf 21,70 M. und im November vorigen Jahres betrugen sie 22 M. Die Verteuerung von Schweinefleisch hat auch an anderen Plätzen den Aufwand für die Ernährung ungünstig beeinflußt. In Stuttgart z. B. stellte sich der Preis für ein Kilogramm Schweinefleisch auf 1,60 M. im November gegen 1,50 M. im Oktober. Diese Zunahme bewirkte, daß der Kostenaufwand für die Ernährung auf 23,32 M. pro Woche hinaufging, während er im Oktober 23,05 und im November vorigen Jahres 22,87 M. betragen hatte. In den industrierdichten Städten des Königreichs Sachsen, in denen die Lage des Arbeitsmarktes auf eine starke Arbeitslosigkeit schließen läßt, haben sich die Ausgaben für die Ernährung gleichfalls erhöht. In Chemnitz stiegen die Kartoffelpreise: für 50 Kilogramm, die im Oktober noch 3 M. kosteten, mußten im November 4 M. bezahlt werden. Die Standardziffer für Chemnitz ging von 23,60 M. im Oktober auf 23,87 M. im November hinauf. In Leipzig bewirkten die Preisveränderungen noch ein stärkeres Ansteigen der Standardziffer, nämlich von 23,25 im Oktober auf 23,56 M. Auch Leipzig gehört zu den Plätzen, in denen die Kosten für die Ernährung zurzeit höher sind, als im Vorjahre. Von den Lebensmitteln, die im November teurer geworden sind, ist vornehmlich Butter zu nennen. Das Kilogramm kostete 2,40 M. gegen 2,20 M. im Oktober. Keine Verteuerung der Ernährung ist von Oktober auf November in Danzig und in München eingetreten, vielmehr ging die Standardziffer etwas zurück. Doch bedeutet diese Bewegung deswegen keine besondere Erleichterung, weil in beiden Städten die Ernährung teurer ist als im Vorjahr.

Bei dem vorstehenden Ueberblick ist die Preisbewegung in einer Reihe von Großstädten berücksichtigt, durch die der Detailverkehr für eine Bevölkerung von zirka 5,5 Millionen Konsumenten kontrolliert wird. Das ist hinreichend, um einen Schluß auf die Kosten der Ernährung für die großstädtische Bevölkerung und damit für die Plätze zuzulassen, in denen gerade in Zeiten wie den gegenwärtigen die soziale Not am schärfsten zum Ausdruck gelangt. Leider ist auf Grund mehrjähriger Erfahrungen nicht anzunehmen, daß der Monat Dezember eine Aenderung der Preistendenz im Detailverkehr bringen wird. Vielmehr dürfte die Preissteigerung bis zum Weihnachtsfeste anhalten, da bis dahin namentlich die Nachfrage nach Butter, Eier, Mehl, Milch und so weiter lebhafter ist als in anderen Monaten. Daß die jetzige Preissteigerung gerade mit dem Tiefstand auf dem Arbeitsmarkt zusammenfällt, bedeutet eine höchst nachteilige Komplikation, die die Folgen der Arbeitslosigkeit viel schärfer zutage treten lassen muß, als es bei niedrigen Lebensmittelpreisen der Fall gewesen wäre.

Deutsches Reich.

Die preußischen Steuervorlagen.

* Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses hat am Sonnabend die erste Lesung der preußischen Besoldungsvorlage und der damit verbundenen Steuergesetze endlich beendet. Die Mehrheit der Kommission ist bei der Regelung der Deckungsfrage weit hinter den Vorschlägen der Regierung zurückgeblieben und hat der Regierung statt der verlangten 55 Millionen M. nur etwa 25 Millionen M. bewilligt. Sie hat gegen die Stimme der Konservativen die geplante Gesellschaftssteuer überhaupt abgelehnt und die Zuschläge zur Einkommen- und Ergänzungssteuer, die die Regierung auf unbestimmte Zeit verlangte, auf die beiden nächsten Steuerjahre, 1909 und 1910, beschränkt. Sie hat weiter die rückwirkende Kraft dieser Zuschläge auf das Steuerjahr 1908 abgelehnt und sie hat schließlich auch die Zuschläge zu einer Ergänzungssteuer nur für die beiden nächsten Jahre bewilligt.

Vor der Ablehnung der Gesellschaftssteuer gelang es, einem Antrage unseres Genossen in der Kommission auf Befreiung der Konsumvereine und Genossenschaften von der Gesellschaftssteuer zur Annahme zu verhelfen. Es war dies übrigens nicht der einzige sozialdemokratische Antrag, der akzeptiert wurde, sondern am Freitag konnte sogar die einstimmige Annahme eines sozialdemokratischen Antrages konstatiert werden. Es war nämlich das sogenannte Kinderprivilegium ganz wesentlich erweitert worden. Die Regierung wollte nur den Steuerpflichtigen mit einem Einkommen bis zu 3000 M. das Recht gewähren, wenn sie Kindern oder anderen Familienangehörigen Unterhalt bieten, ihre Steuersätze um 1, 2 oder 3 Stufen zu ermäßigen. Die Kommission dehnte diese Genehmigung auf Einkommen bis zu 9500 M. aus. Daraufhin beantragte unser Genosse, daß diese Ermäßigungen bei Berechnung der Steuer zu Wahlzwecken außer Betracht bleiben. Und diesem Antrag schloß sich die Kommission einmütig an.

Wie nicht anders zu erwarten war, wurde dagegen unser Antrag, die Steuerfreiheit auf alle Einkommen bis zu 1200 M. auszudehnen trotz aller platonischen Liebeserklärungen einiger Bürgerlicher abgelehnt. Mit unserm Genossen stimmte lediglich das polnische Kommissionsmitglied. Eine durchgreifende Aenderung nahm die Kommission an dem sogenannten Mantelgesetz insofern vor, als sie den Mindeststeuersatz, von dem an ein Steuerzuschlag erhoben werden soll, von 7000 M. auf 3000 M. herabgesetzt.

Wann die zweite Lesung stattfindet, ist noch unbestimmt.

Wöchnerinnenunterstützung.

Nach der in Aussicht genommenen Reform des Krankenversicherungsgesetzes soll, wie das B. T. erfährt, eine Ausgestaltung der Wöchnerinnenunterstützung Platz greifen. Die bestehende Krankenversicherung sieht eine allgemeine Unterstützung nicht vor, sie gewährt eine solche für sechs Wochen nach der Niederkunft im Betrage des Krankengeldes. Der Wöchnerinnenschutz soll eine Ausdehnung bis zur Zeit von acht Wochen erfahren mit der Bestimmung, daß er alle gewerblich tätigen Wöchnerinnen umfaßt und den Krankenkassen obligatorisch auferlegt wird. Als unterstützungspflichtige Krankheit würden auch ernste Schwangerschaftsbeschwerden zu gelten haben, wozu eventuell freie Behandlung derselben und ebenso freie Gewährung der erforderlichen Hebammendienste treten würden.

Eigenlob ...

Auf einem Festessen der Deutschen Kolonialgesellschaft hat Staatssekretär Dernburg wieder einmal eine seiner Verherrlichungsreden über die deutschen Kolonien gehalten und dabei auch nicht an Selbstlob gespart. Der Scherlsche Lokalanzeiger berichtet darüber:

„Der Staatssekretär ... wandte sich dann den realen Verhältnissen des dortigen Gebietes zu. Die Diamantfelder, die man gefunden, seien viel reicher, als die Welt bisher geglaubt. Die Finanzen des Schutzgebietes seien den Wirrnissen eines langjährigen Krieges zum Trotz sehr gut. ... Er ging vom Jahre seines Amtsantrittes aus und zog folgende Bilanz: Im Jahre 1907 erforderte Ostafrika einen Zuschuß von sechs Millionen Mark, der 1908 auf 4 Millionen herabsank und für 1909 auf 2½ Million Mark abgesetzt ist. Kamerun erheischte 1907 3 Millionen M., im nächsten Jahre 2 700 000 M., und begnügt sich für 1909 mit einem Zuschuß von 1 600 000 M. Südwestafrika hatte 1907 65 Millionen erfordert, 1908 verlangt es 38 Millionen und wird 1909 deren noch 18 Millionen bedürfen. Aber immerhin auch hier ein rapider Rückgang in den Forderungen. Bei Neuguinea blieben mit 111 000 Mark die Zuschüsse sich gleich. Bei den Marianinnen hatte 1907 das Reich noch 340 000 M. Zuschuß zu gewähren, und für das kommende Jahr ist ein Ueberschuß von 62 000 M. zu erwarten. Samoa erheischte 1907 noch 180 000 M. und wird 1909 einen Ueberschuß von 58 000 M. gewähren. Als er in das Staatssekretariat eintrat, waren 75 Millionen für die Kolonien erforderlich, und 1909 werden es nur noch 23 Millionen sein. Und lasse man Südwestafrika aus dem Spiel, so habe das Deutsche Reich im kommenden Jahre für seine Kolonien im ganzen 5 Millionen Mark aufzuwenden. Der Staatssekretär erwähnte dann, daß Südwestafrika eine Gemeinde- und Landverfassung erhalten hat, und daß er sich davon die reichsten Erfolge verspreche. Er berührte die Eisenbahnfrage und behandelte die Eingeborenenpolitik, die dahin geführt habe, daß ohne jede Erschütterung des Arbeitsmarktes jedes Unternehmen heute gewagt werden könnte. An der Spitze aller Kolonien ständen jetzt tüchtige Männer, denen jedes Vertrauen entgegengebracht werden dürfe."

Kapstadt, 6. Dezember. Hier wird die Entdeckung neuer Diamantenfelder auf deutschem Gebiete in der Nähe der Lüderitzbucht gemeldet, das sich viele Meilen bis an die Küste und unter See erstreckt. (??)

Lehrerknebelung in Baden.

Der Volksstimme ist ein vom 1. Dezember datierter Erlaß des Großherzogl. Oberschulrats in die Hände gefallen, der im Gefolge eines gegen den Hauptlehrer Rödel-Mannheim ins Werk gesetzten Maßregelungsverfahrens einen weiteren, noch skandalösen Schritt auf dem Wege zur vollständigen Knebelung der badischen Volksschullehrerschaft bedeutet. Das Dokument der Schande des „musterstaatlichen" Liberalismus hat folgenden Wortlaut:

„Das Verhalten des Hauptlehrers Rödel in Mannheim betreffend.

„Nach Zeitungsnachrichten ist in Neckarelz von einer Lehrerversammlung ein Protest gegen das von der Oberschulbehörde gegen Hauptlehrer Rödel erlassene Disziplinarerkenntnis beschlossen worden. Dieser Protest soll nun den Lehrern des ganzen Landes zugehen mit der Aufforderung, sich diesem Protest anzuschließen.

Es ist anzunehmen, daß die freien Konferenzen der Volksschullehrer in Anspruch genommen werden sollen. Wir beauftragen daher die Kreisschulvisitatoren, sofort die Vorsitzenden der freien Konferenzen zu sich zu rufen, und ihnen mitzuteilen, daß die Lehrer durch die Beteiligung an dieser Protestbewegung sich einem Disziplinarverfahren aussetzen. Wir sehen ferner genauem Bericht entgegen über alles, was in dieser Sache im Bereich der Kreisschulvisitaturen vor sich geht.

Die vorgerufenen Vorsitzenden haben Anspruch auf geordnete Reisevergütung."

Dieser Anschlag auf das Recht der freien Meinungsäußerung der Lehrer hat natürlich großes Aufsehen erregt. Die Verblendung, die in der Auffassung zum Ausdruck kommt, es werde durch die Unterdrückung der offenen Protestkundgebungen der Lehrer gelingen, der ungeheuren Entrüstung Herr zu werden, die sich infolge der Maßregelung Rödels derselben bemächtigte, wird nur übertroffen durch die Skrupellosigkeit, mit der die oberste Schulbehörde jetzt den Geist der Aufpasserei und Angeberei in die Reihen der unzufriedenen Lehrerschaft trägt.

Die Magd der Kirche.

Aus Stuttgart wird der Frankf. Ztg. mitgeteilt: Ein ungewöhnliches Vorgehen gegen die Regierung und die Volksvertretung hat das bischöfliche Ordinariat in Rottenburg in der Volksschulfrage gewählt. Es hat an das Ministerium des Kirchen- und Schulwesens eine „Vorstellung" gerichtet, in der es sich gegen den Entwurf und die Kommissionsbeschlüsse wendet, und ist zugleich damit an die Oeffentlichkeit getreten, indem es diese Vorstellung an der Spitze des Zentrumsorganes veröffentlicht.

Das Ordinariat gibt seinem Bedauern Ausdruck, daß ihm nicht vor Feststellung des Entwurfes amtlich Gelegenheit zur Aeußerung geboten wurde. Auf Grund der im Entwurf selbst ausgesprochenen Grundsätze der sittlich-religiösen Erziehung und der konfessionellen Organisation des Schulwesens fordert die Denkschrift die Aufsicht über die religiös-sittliche Erziehung der Jugend und das Recht, den Religionsunterricht auch an den Schullehrerbildungsanstalten zu visitieren. Sie bekämpft die Simultanisierung der Schule, wie sie von der Kommission beschlossen wurde, „die im tiefsten Grunde von der Abneigung gegen Religion und kirchliche Bestimmtheit getragen sei", und sie spricht die inständige Bitte aus, die Regierung wolle am Prinzip der Konfessionsschule unerschütterlich festhalten und auch für die Mittel- und Hilfsschulen die konfessionelle Gestaltung wahren. Schließlich gibt sie ihren Befürchtungen über die Regelung der Ortsschulaufsicht Ausdruck, „die den Zusammenhang zwischen Schule und Kirche löse". Der Ausschluß der Wahl weiterer Geistlichen in den Ortsschulrat sei ein Ausnahmegesetz, das eine unverdiente Zurücksetzung des geistlichen Standes in sich schließe. Die staatliche Bezirksschulaufsicht sei aufs tiefste zu bedauern und die Mindestforderung wäre, daß den Oberkirchenbehörden eine Mitwirkung bei Bestellung der Bezirksschulaufseher zugestanden werde.

Die Forderungen der „Vorstellung" entspringen dem Machthunger der Kirche. Es fragt sich aber, ob man im württembergischen Ministerium den Mut finden wird, der „Vorstellung" den Platz anzuweisen, den sie verdient: den Papierkorb.

„Aufmunterungs"-Methoden.

Vor dem Kriegsgericht der 17. Division (Hamburg) hatte sich vor kurzem der Sergeant Schröder vom Regiment Hamburg wegen Mißhandlung eines Untergebenen zu verantworten, während der Leutnant Schäffer von demselben Regiment der Verletzung seiner Aufsichtspflicht angeklagt war. Am 12. Februar dieses Jahres mußten vier Abteilungen Rekruten auf dem Boden des ehemaligen Bekleidungsamtes in Hamburg Griffe „klopfen". Als der Leutnant Sch. auf den Boden kam, sah er, wie ein Rekrut um den Schornstein lief und dann zusammenbrach. Der Rekrut wurde zu Bett gebracht, kam 14 Tage später ins Lazarett und ist im August als vollständig dienstunfähig entlassen worden, nachdem er mehrere Monate im Lazarett behandelt worden war. Wegen des Dauerlaufes um den Schornstein ist die Anklage gegen die Genannten erfolgt. Der angeklagte Sergeant behauptet, der Rekrut sei ein sehr schlapper Soldat gewesen. Wie erörtert wurde, hat der „schlappe" Soldat 25mal um den Schornstein laufen müssen, dann wurde er von den Sergeanten gefragt, ob er nicht schneller laufen könne, was der Soldat bejahte, da er befürchtete, daß eine Verweigerung als Gehorsamsverweigerung aufgefaßt werden würde. Der Soldat lief also weiter um den Schornstein, bis er zusammenbrach. Der als Zeuge vernommene Invalide sagte aus, er sei vor seiner Dienstzeit völlig gesund gewesen, jetzt sei er langgemeldet und könne seinen Beruf als Bäcker nicht mehr ausüben. Wie weiter erörtert wurde, ist der Leutnant in dem Augenblick hinzugekommen, als der Soldat zusammenbrach, so daß ihm kein Verschulden nachgewiesen werden konnte. Der Offizier wurde freigesprochen, der Sergeant zu ganzen fünf Tagen Mittelarrest verurteilt.

Aus der feinen Gesellschaft.

Ein Kulturbild aus der guten Gesellschaft entrollt folgender Prospekt, der der Redaktion der Täglichen Rundschau aus ihren Leserkreisen zur Verfügung gestellt wird:

Gnädige Frau!

Nicht selten geschieht es, daß bei Privatfestlichkeiten der eine oder andere geladene Herr ausbleibt, oder sich unentschuldigt an Damen ergibt, oder aber Sie möchten Ihrem Feste durch gesellige oder deklamatorische Darbietungen besonderen Reiz verleihen, ohne indessen berufliche Künstler hinzuziehen, so genügt ein telephonischer Anruf unseres seit Jahren bestehenden Instituts.

„Gastfreund"

um Ihnen aus der Verlegenheit zu helfen. Wir stellen zu jeder Gelegenheit Herren, die sich sonst in durchaus gesichteten Publikum befinden, und denen es nur an genügender Gelegenheit fehlt, sich gesellschaftlich zu betätigen. Daß es sich nur um hochgebildete Herren der besten Gesellschaft handelt, erweist der Umstand, daß sich unter den Herren, die durch uns Anschluß suchen, in der Hauptsache Akademiker, Reserveoffiziere, Baumeister, elegante Kaufleute befinden. Gnädige Frau dürfen versichert sein, daß sich keine Gelegenheit gibt, bei der wir Ihnen nicht auf die diskreteste Weise aushelfen. Der pekuniäre Teil wird nur mit unserer Assistentantin erledigt; die Höhe desselben hängt von den besonderen Wünschen der gnädigen Frau ab. Auch für andere Verlegenheiten schafft unser Institut Abhilfe; so gibt es alleinstehende Damen, welche daran Anstoß nehmen, nach dem Besuch des Theaters ein Restaurant allein aufzusuchen oder sich sehr gern einmal Berlin bei Nacht ansehen. Für diesen Zweck stellen wir Führer, die ebenfalls aus der besten Gesellschaft angehören und sich ihrer Aufgabe mit dem größten Takt entledigen. Ebenso sind stets Zeugen zu amtlichen Handlungen, wie Taufen, Trauungen usw. zur Stelle. ...

Wir bitten Sie also, gegebenenfalls sich an unser Institut zu wenden und begrüßen Sie in der Erwartung mit vorzüglicher Hochachtung „Gastfreund" (Folgen Namen und Adressen der Inhaber).

Der wohlhabende Pöbel, der sich für seine Gesellschaften Heiratsoffiziere mietet, und die alleinstehenden Damen, die für die Langeweile ihrer Nächte gegen feste Tage männliche Gesellschaft mit eleganten Manieren und akademischer Bildung suchen, passen ganz vorzüglich zu den „Akademikern, Reserveoffizieren, Baumeistern und eleganten Kaufleuten", die im Preiskurant der Firma „Gastfreund" glänzen, Frau Warren, die bürgerliche respektable Bordellmutter in Shawschen Komödie, ist durch die neueste Blüte kapitalistischer Kultur weitaus überholt; sie wirkt geradezu unbedeutend neben der Assistentantin des gastfreundlichen Hauses, die den Wünschen der gnädigen Frau so gut entgegenzukommen und den pekuniären Teil, der für sie das gedachte Institut natürlich bloß Nebensache ist, so diskret zu erledigen weiß. Wenn etwa eines Tages diese vornehme Hauptrepräsentantin mit ihre nicht minder vornehme männliche Garde in Smoking und Uniform durch einen Skandalprozeß an das Licht der Oeffentlichkeit gezogen würden, dann würde die Welt vielleicht wieder einmal Mund und Ohren aufreißen vor Staunen darüber, was in der guten Gesellschaft alles passieren kann!

Der Seniorenkonvent des Reichstages beriet am Sonnabend über den Arbeitsplan für diese Woche. Es wurde beschlossen, die dritte Lesung der Gewerbeordnungsnovelle am Mittwoch oder Donnerstag auf die Tagesordnung zu setzen. Die Weihnachtsferien dürften am Sonnabend beginnen, da man hofft, bis dahin die erste Lesung des Etats zum Abschluß gebracht zu haben.

Schmerzensgeld. Der wegen der Behandlung des Kaiserinnenbriefs zur Disposition gestellte vortragende Rat im Auswärtigen Amt, Kiehmet, wird nach der Frankf. Ztg. in einiger Zeit, falls wenn Gras über die Affäre gewachsen ist, den Posten eines Generalkonsuls erhalten.

Kaiserliche Architektur. In Darmstadt will die Reichsverwaltung ein Postgebäude errichten. Der Entwurf wurde dem Kaiser vorgelegt, der das Dach beanstandete und ein vollständig anderes Dach für den Bau skizzierte. Trotz dieser Planänderung wurde der Bau nach dem ursprünglichen Projekt ausgeführt, da sich dasselbe den umliegenden Bauten harmonisch beifügt.

Immer noch Kolonialkrieg? Eine Depesche aus Windhuk meldet, daß eine Patrouille unter Leutnant von Gerdorff in der Gegend von Gobabis 124 Hereros gefangen genommen habe. Was für eine Bewandtnis es mit dieser Gefangennahme hat, bedarf noch der Aufklärung. Der sogenannte Aufstand ist seit mehr als Jahresfrist beendet.

Kleine politische Nachrichten. Im französischen Ministerrat wurde beschlossen, den Admiral Germinet zur Strafe für Aeußerungen über unvollkommene Ausrüstung der Kriegsschiffe seiner Position als Geschwaderchef zu entheben. — Die Agenzia Stefani veröffentlicht einen Bericht des Gouverneurs von Italienisch-Somaliland aus Mogadiscio an den Minister des Aeußeren, Tittoni, wonach eine Abteilung Derwische, die über mehr als zweitausend Lanzen und 34 Gewehre verfügte, am 21. November das Dorf Bullalo angegriffen hat, jedoch von den italienischen Truppen und einer Schar eingeborener Ghelebis zurückgetrieben und zerstreut worden ist. Die Truppen hatten keine Verluste, die Ghelebis verloren bei der Verfolgung einen Toten und einen Verwundeten. Die Verluste der Derwische betrugen 48 Mann und viele Verwundete. — In der Kolonie herrscht Ruhe. — Aus Neuyork wird berichtet: Der Vorsitzende der Zollkommission teilte Blättern mit, es sei Aussicht vorhanden, die neuen Zolltarife bald zu veröffentlichen. Der Entwurf enthält anstatt fester Sätze Maximal- und Minimalzölle und ermöglicht, den Ländern Konzessionen zu machen, die Amerika Vergünstigungen gewähren. — Staatssekretär Root hat einen Schiedsgerichtsvertrag mit Peru, den erstem mit einem südamerikanischen Staate, unterzeichnet. — In chinesische Reformpartei verbreitet seit einigen Tagen von Japan aus massenhaft Flugschriften revolutionären Inhalts.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Nach den Prager Schlachten.

Wien, 6. Dezember. Heute vormittag fand eine deutschnationale Versammlung gegen die Vorfälle in Prag statt. Nach der Versammlung kam es zwischen Versammlungsteilnehmern, die gegen die Universität zogen, und der einschreitenden Wache wiederholt zu Zusammenstößen, bei denen 27 Personen verhaftet wurden.

Prag, 6. Dezember. Der akademische Senat der deutschen Universität beschloß, wegen des Verbots der Grundsteinlegung des Universitätsneubaues und wegen des Farbenverbots zu demissionieren.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19081207/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG